

## Wortprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### Ausschuss für Gesundheit und Soziales

58. Sitzung

#### **Sondersitzung**

gem. § 25 Abs. 3 Satz 2 GO Abghs

27. Mai 2015

Beginn: 8.32 Uhr  
Schluss: 10.17 Uhr  
Vorsitz: Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Meine Damen! Meine Herren! Ich begrüße Sie zur 58. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, einer Sondersitzung gemäß § 25 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Linksfraktion und die Piratenfraktion haben mit dem erforderlichen Quorum von einem Drittel der Mitglieder diese Sondersitzung beantragt. Der einzige Tagesordnungspunkt ist die Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung über Vorwürfe bezüglich der Vergabepaxis bei Flüchtlingsunterkünften.

Gibt es Anmerkungen zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Damit begrüßen wir den Senator, um dessen persönliche Teilnahme ausdrücklich gebeten worden war, den Staatssekretär und unsere Gäste! – Ich möchte Sie um Erlaubnis bitten, dass RBB und andere Ton- und Bildaufnahmen machen können. – Dem steht nichts entgegen; dann ist das möglich.

Wir kommen zu

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Vernichtendes Ergebnis der externen  
Wirtschaftsprüfer zu den Vorwürfen bei der  
Vergabe von Flüchtlingsunterkünften durch das  
Landesamt für Gesundheit und Soziales – Welche  
Konsequenzen zieht Senator Czaja?**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der  
Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion)

[0254](#)  
GesSoz

Möchte jemand von Ihnen ein Wortprotokoll beantragen? – Gut! Dann machen wir das. Die Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Linke und Piraten – wer möchte beginnen? – Herr Reinhardt – bitte!

**Fabio Reinhardt** (PIRATEN): Schönen guten Morgen! Ich freue mich, nicht mehr Gast, sondern mittlerweile festes Mitglied dieses Ausschusses zu sein. – Wir haben hier ein ernstes Thema zu besprechen. Mittlerweile haben wir schon einige Male über aktuelle Themen bei der Unterbringung von Flüchtlingen diskutiert. Wir hatten 2014 die Schließung der zentralen Aufnahmestelle, abgewiesene Flüchtlinge, lange Warteschlangen, Unterbringung in Turnhallen, dazu die angreifbaren Vertragsverhandlungen mit dubiosen Unternehmern, ein Drittel der Unterkünfte ganz ohne Vertrag, nicht überprüfte Rechnungen – das klingt alles wie aus einem Krimi. Diese Vorwürfe, die hier immer wieder abgewiegelt werden, haben wir im Ausschuss sehr explizit als bestätigt herausgearbeitet, und offensichtlich hat sich das jetzt im Bericht der Wirtschaftsprüfer auch bestätigt – was etwas zur Genugtuung beiträgt, aber letztendlich nicht beruhigen sollte.

Angesichts dieser massiven Missstände sollte hinreichend geklärt sein, dass die Öffentlichkeit ein Interesse an und ein Recht auf Aufklärung hat, auch zum Beispiel darüber, wem die Grundstücke gehören, auf denen die landeseigenen Unterkünfte der Stadt Berlin stehen. Wir hatten am Beginn des Monats, am 5. 5., einen Bericht bei „Frontal 21“ über die Besitzverhältnisse des Grundstücks an der Haarlemer Straße/Späthstraße. Senator Czaja wusste von diesem Bericht, weil er in der Woche davor von diesem Fernsighteam begleitet bzw. abgefangen wurde. Auch schriftliche Anfragen dazu waren bereits eingegangen. Das heißt, er hätte schon zu dem Zeitpunkt versuchen können, herauszufinden, wem das Grundstück gehört. Das hat er offensichtlich nicht getan, obwohl laut Informationen der „B.Z.“ zumindest SenFin schon seit dem 29. April genau wusste, wem das Grundstück an der Haarlemer Straße gehört. So kam es dann, dass er am 7. Mai im Plenum auf die Anfragen von mir und der Kollegin Bayram sagte, dass er nicht wisse, wem das Grundstück gehöre. Vielleicht hat er sich nicht ausreichend dafür interessiert, aber zumindest die Nachfrage, die ich zwei Tage danach schriftlich eingereicht habe, hätte ihn neugierig machen können.

Mehrere Wochen vergingen, und wir haben das Thema letzte Woche im Sozialausschuss wieder aufgerufen. Am 18. Mai hieß es dann erneut, man wisse nicht, wem das Grundstück in der

Späthstraße/Haarlemer Straße gehört. Am gleichen Tag erschien ein Artikel im „Tagesspiegel“. Der „Tagesspiegel“ hat sich die Mühe gemacht, einfach bei der Senatsverwaltung anzurufen, und dort hieß es dann: Ja, wir wissen, wem das gehört! Es gehört einem Luxemburger Investor bzw. Unternehmen. – Man fragt sich mittlerweile, was im Hause Czaja alles schief läuft. Zumindest die Informationsvermittlung im eigenen Haus scheint nicht so gut zu funktionieren. Man sollte meinen, ein Fernsehbericht, die Recherche dazu, mehrere Medienberichte, zwei Abgeordnete, die im Plenum fragen, und eine schriftliche Anfrage würden mindestens Ihr persönliches Interesse oder das Ihres Staatssekretärs wecken, sich einmal an das eigene Haus oder an SenFin zu wenden, um zu fragen, wem dieses Grundstück gehört. Aber wenn schon Ihr persönliches Interesse nicht geweckt wurde, sollte man doch meinen, dass Sie sich zumindest eingestehen, dass es ein öffentliches Interesse an diesem Thema gibt, was dazu führen könnte, dass Sie nachfragen und diesen Ausschuss über den Sachstand informieren.

Es entsteht hier so ein bisschen der Eindruck, dass Sie selbst definieren, was von öffentlichem Interesse ist, und genau das ist immer das, für das Sie vielleicht schon eine Lösung präsentieren können. Dinge, die unklar sind, die Ihnen unangenehm sind oder für die man noch nachfragen und Recherchearbeit leisten müsste, sind für Sie anscheinend nicht von öffentlichem Interesse. Das ist problematisch – nicht nur, was das Verhältnis zum Parlament angeht, sondern gerade auch, was das Verhältnis zur Öffentlichkeit angeht.

Das ist nicht der einzige Vorfall; es gab mehrere weitere Vorfälle, die diesen Eindruck bestätigen. Das Ganze begann schon im November: Da wurden wir immer wieder hingehalten, und uns wurde gesagt, dass es einen internen Revisionsbericht gebe, auf den wir doch bitte warten sollten. Am 5. 12. versandte dann Ihr eigenes Haus eine Pressemitteilung an ausgewählte Presseverteiler, die im Kern besagte, dass alles okay sei, und verteilte Auszüge aus diesem Revisionsbericht. Uns wurde der Revisionsbericht mehrere Wochen später gegeben, aber auf „Intern“ gesetzt, so dass wir öffentlich nicht darüber sprechen durften. In der Ausschusssitzung, in der wir das Thema behandelten, mussten wir dann auch die Öffentlichkeit ausschließen. Das war Monate, nachdem Sie schon der Öffentlichkeit bzw. ausgewählten Medien Ihre Version der Geschichte dargelegt hatten.

Das Gleiche beim Wirtschaftsprüfungsbericht: Wir sitzen hier in der vergangenen Woche zusammen, stellen Fragen zum Sachstand, zum Stand der Behörde, zum Wirtschaftsprüfungsbericht. Dann heißt es: Wir können dazu keine Informationen bekommen. Ende Juni bekommen wir die ersten Informationen – von dem Staatssekretär, der, wie ich persönlich vermute, an einer umfangreichen Vorlage für den Senat gearbeitet hat, in der alle diese Informationen, die wir als Parlament erfragt haben, umfangreich und detailliert enthalten sind und dem Senat berichtet wurden. – Das, Herr Senator, belastet das Verhältnis zu diesem Haus, und das belastet auch das Verhältnis zur Öffentlichkeit.

Herr Senator! Das erweckt den Eindruck, als würden Sie die Öffentlichkeit zumindest unterinformieren, hätten Ihr eigenes Haus nicht im Griff und als würden Sie sich für diese Themen, die wir hier besprechen, nur mindermäßig persönlich interessieren. Insofern die Frage: Wollen Sie Ihr Verhältnis zur Öffentlichkeit in diesem Bereich umgestalten? – Wir wollen heute ganz konkret Antworten auf die Frage, wem das Grundstück an der Haarlemer Straße/Späthstraße gehört. In welchem Status der Verhandlungen befinden wir uns gerade? Wie wollen Sie absichern, dass das Grundstück auch über das Jahr 2015 hinaus genutzt werden kann? Stimmt das, was über die Medien über den Wirtschaftsprüfungsbericht und dessen In-

halt kolportiert wurde? Ist er genauso vernichtend, wie es in der Öffentlichkeit dargestellt wurde? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Frau Bayram!

**Canan Bayram (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben diese Sondersitzung heute einberufen und diesen Tagesordnungspunkt angesetzt, Herr Senator, weil tatsächlich der Eindruck entsteht, dass Sie Ihr Haus nicht im Griff haben, dass es also eine Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales gibt, die sich vielleicht auch irgendwelche Gedanken darüber macht, wie die Flüchtlingsunterkunftsvergabe beim Landesamt für Gesundheit und Soziales organisiert werden soll, die aber völlig entkoppelt ist vom Landesamt für Gesundheit und Soziales, das weiterhin eine Praxis durchführt, die die Wirtschaftsprüfer als nicht mehr rechtskonform bewerten. Da entsteht tatsächlich der Eindruck, dass durch dieses Unvermögen, die eigene untergeordnete Behörde zu führen, im Moment über die Hälfte der neuen Einrichtungen keinen Vertrag hat und es letztlich unklar bleibt – auch für die Mitarbeiter im Landesamt für Gesundheit und Soziales –, wie denn eigentlich die Vergabe für Flüchtlingsunterkünfte vom Landesamt für Gesundheit und Soziales und in der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales organisiert ist.

Sie berichten uns hier seit Anfang des Jahres, dass Ihnen alle Verträge vorgelegt werden und Sie keinen Vertrag bewilligen konnten, weil sie nicht beanstandungsfrei waren – so vermute ich. Demgegenüber ist es aber so, dass weiterhin neue Einrichtungen eröffnet werden – wieder sehr viele mit der von uns kritisierten PeWoBe –, und man den Eindruck hat: Auf der einen Seite versucht der Senator ein Schaufenster aufzubauen, wie sein Paradigmenwechsel und seine neue Politik ist, und auf der anderen Seite macht das Landesamt business as usual, völlig entkoppelt voneinander. Im Prinzip wird das, was jetzt von den Wirtschaftsprüfern beanstandet worden sein soll, weiterhin praktiziert.

Darüber müssen Sie uns hier nicht nur aufklären, sondern Sie müssen auch klarmachen, welche Konsequenzen das eigentlich haben soll. Da hilft es nicht, dass Sie versuchen, sich in die Sommerpause zu retten, indem Sie irgendwann im Juni dem Parlament irgendwelche Ergebnisse vorstellen wollen, wo Sie letzte Woche – wenn man dem alles so glauben kann, was berichtet wurde – den Senat schon informiert haben. Wenn Sie Informationen haben, müssen Sie uns das hier darstellen. Wenn Ihnen das in einer öffentlichen Sitzung nicht möglich ist, dann sind wir auch bereit, uns das in einer nichtöffentlichen Sitzung anzuhören. Heute müssen alle Karten auf den Tisch, Herr Czaja, und Sie müssen sich dafür verantworten!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Frau Bayram! – Dann hat jetzt für die Linksfraktion Frau Breitenbach die Möglichkeit, den Antrag zu begründen.

**Elke Breitenbach (LINKE):** Jetzt ist sozusagen das ganze Elend noch mal auf den Tisch gelegt worden. Ich fände es gut, wenn wir das eingrenzen würden, denn man kann heute nicht alle Probleme lösen, sie werden ja auch immer mehr und immer größer. In der letzten Ausschusssitzung wurde uns jegliche Information verwehrt, was die Prüfergebnisse und die Konsequenzen daraus angeht. Zwei Tage später konnten wir der Presse entnehmen, dass es angeblich alarmierende Ergebnisse gibt. Ich habe keine Ahnung, wer das der Presse durchgestochen hat – Sie vielleicht, Herr Czaja, oder Ihr Haus. Das ist auch egal. Aber wir hätten gern die gleichen Informationen wie die Presse. Wir würden gern darüber reden, wie die Ergebnisse

ausgefallen sind. Wir würden vor allem gerne wissen, welche Konsequenzen Sie daraus ziehen und ob Sie endlich einmal an irgendeinem Punkt versuchen, irgendetwas zu verändern und am besten zu verbessern. Es wäre schön, wenn Sie uns heute dazu Antworten geben könnten.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Dann hat jetzt der Senator die Möglichkeit zu einer Stellungnahme. – Bitte!

**Senator Mario Czaja (SenGesSoz):** Guten Morgen zusammen! – Wir haben parallel, Herr Reinhardt – wie Sie wissen – auf Ihren Antrag um 9 Uhr einen Ausschuss, der die Frage des Besitzes am Grundstück Späthstraße/Haarlemer Straße klärt. Dort ist mein persönliches Erscheinen gewünscht, aber Herr Gerstle geht zunächst in diesen Ausschuss, damit ich hierbleiben kann.

Der ganze Vorgang, über den wir heute sprechen, und der Bericht der Wirtschaftsprüfer fußt auf den Ende Oktober letzten Jahres öffentlich gewordenen Vorwürfen gegen den Präsidenten des Landesamts für Gesundheit und Soziales. Es ist damals der Vorwurf geäußert worden, dass aufgrund seiner Patenschaft zu Tobias Dohmen möglicherweise ein Interessenkonflikt bei der Vergabe von Grundstücken bzw. Flüchtlingsunterbringungsverträgen besteht. Daraufhin haben wir umgehend eine Untersuchung durch die Innenrevision initiiert, um die Vergaben und die Vertragsabschlüsse, die Firmen PeWoBe und Gierso betreffend, zu prüfen, und zwar über den Zeitraum der letzten drei Jahre. Wir haben Sie über diese Schritte in einer Sitzung dieses Ausschusses am 6. November umgehend informiert.

Ich habe damals zum Ausdruck gebracht, dass es mir wichtig ist, zudem eine externe Prüfung zu haben. Obwohl natürlich die Innenrevision unabhängig ist und Prüfungen frei von Einflussnahme vornimmt, war es mir wichtig, dass auch eine externe Prüfung stattfindet. Ich habe mich damals unmittelbar an den Rechnungshof gewandt – Sie wissen das; ich habe darüber im Ausschuss unmittelbar berichtet. Dieser hat damals eine Prüfung abgelehnt; heute ist das anders. Ich begrüße es, dass die Sachverhalte heute auch vom Rechnungshof geprüft werden. Wir waren damals dazu gezwungen, einen anderen Weg einzuschlagen, und wir haben vorgeschlagen, einen externen Wirtschaftsprüfer einzuschalten und diesen zu beauftragen. Wir haben in weniger als zwei Wochen die dafür notwendigen detaillierten Fragen für die Ausschreibung eines Prüfauftrags vorbereitet und dem Hauptausschuss inklusive aller Mitzeichnungen bereits am 17. November zugestellt – in weniger als zwei Wochen.

Der Hauptausschuss hat am 26. November in einer intensiven Debatte unsere Fragen und unsere Gliederung erläutert und unsere Fragestellung, unsere Auftragsstellung in allen Punkten geteilt. Die Ausschreibung für die Wirtschaftsprüfer wurde daraufhin unverzüglich vorbereitet, die notwendigen Vergabeunterlagen wurden erstellt. Die Angebotsaufforderung wurde versandt, die Angebotsfrist eingehalten, der Zuschlag erteilt, ein Vertrag abgeschlossen und ein Auftaktgespräch vorgenommen, an dem natürlich Staatssekretär Gerstle, aber auch die Fachaufsicht teilgenommen hat.

In der Zwischenzeit lag der erste Bericht der Innenrevision vor. Wir haben Sie über diesen unmittelbar informiert, wieder hier in einem Ausschuss, auch darüber, warum wir diesen Prüfauftrag ausweiten und einen zweiten Bericht der Innenrevision beauftragt haben. Wir haben Ihnen diesen Bericht im Datenraum zur Verfügung gestellt. Wir haben dazu in einer

Sitzung hier im Februar beraten. Die Wirtschaftsprüfer haben am 23. März nach dem Auftaktgespräch ihre Arbeit aufgenommen, unverzüglich und schnell. Nach Vorlage eines Zwischenberichts im Mai haben uns die Wirtschaftsprüfer empfohlen, den Arbeitsauftrag zu erweitern und andere Verträge einzubeziehen, um zu erkennen, ob die bisher gemachten Erfahrungen und Feststellungen auch auf andere Verträge als denen mit der Gierso und der PeWo-Be übertragbar sind. – Darüber haben wir Sie am vergangenen Montag hier im Ausschuss informiert. – Dafür baten die Wirtschaftsprüfer um eine zeitliche Verlängerung des Abgabetermins von zwei Wochen. Dieser ist nun für Mitte Juni verabredet. Wir haben Sie auch darüber am vergangenen Montag informiert, wie Sie wissen.

Seit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen haben Sie als Abgeordnete zumindest 87 bereits beantwortete schriftliche Anfragen gestellt. Mehrere Abgeordnete haben umfangreich Akteneinsicht genommen. 87 schriftliche Anfragen mit häufig mehr als 15 Einzelfragen haben wir beantwortet, davon allein 21 zu Vertragsgestaltungen und Vertragsdetails. Damit wurde dem Parlament auf mehr als 1 000 Fragen zu diesem Sachverhalt geantwortet. Dies alles geschieht – und da haben Sie ja recht, Frau Bayram – unter den Rahmenbedingungen einer weiterhin enorm steigenden Zahl von Flüchtlingen. Dies geschah und geschieht unter dem Druck, fast täglich neue Mitarbeiter im LAGeSo einzuarbeiten. Dies geschieht und geschah in einer Zeit, in der der Paradigmenwechsel im LAGeSo umzusetzen ist, und das bedeutet, wie Sie ja wissen, dass das Land erstmalig Flüchtlingsunterkünfte errichtet und damit erstmalig seit dem Zweiten Weltkrieg eigene Unterkünfte baut, um von der Gewährleistungsfunktion in die Anbieterfunktion zu kommen.

Parallel dazu haben wir die Vermittlung in Wohnungen enorm gesteigert – allein im ersten Quartal fast 400 Vermittlungen –, und das in einer Zeit, in der es enormen Druck auf den Wohnungsmarkt gibt. Ich finde, das ist ein gutes Ergebnis. Sie wissen, dass die Berlinerinnen und Berliner das auch anerkennen. Die Unterbringung von Flüchtlingen ist in den Augen nicht nur der Berlinerinnen und Berliner, sondern auch des Parlaments zu einer gesamtstädtischen Herausforderung geworden. Die Berlinerinnen und Berliner erwarten, dass wir diese Aufgabe zügig, human und verantwortungsbewusst erledigen. Es ist natürlich längst nicht mehr nur die Aufgabe einer Senatsverwaltung oder gar nur eines Landesamts, sondern eine Aufgabe des gesamten Senats, und darin sind wir uns auch einig.

Sie wissen, dass ich ein großes Interesse daran habe – ein mindestens genauso großes wie Ihres –, dass wir zu transparenten und noch besseren Abläufen bei der Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften kommen. Um dies besser zu ermöglichen, erwarten wir aus dem Bericht der Wirtschaftsprüfer eben nicht nur einen Feststellungsteil, sondern auch wesentliche Handlungsempfehlungen.

Ich verstehe ja, dass Sie ungeduldig sind, das bin ich auch. Selbstverständlich hat die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales aus bereits gewonnenen Erkenntnissen veränderte Verfahrensabläufe oder Veränderungen bei Vertragsanbahnungen vorgenommen. Auch darüber haben wir fast in jeder Sitzung hier berichtet. Am kommenden Montag ist wieder eine Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses. Der eigentliche Termin für den Abschluss der Wirtschaftsprüfung war Ende Mai, jetzt ist er Mitte Juni. Jetzt müssen wir diesen Bericht abwarten. Wir werden dann, wie auch sonst immer, das Parlament unmittelbar und unaufgefordert informieren. Wir schlagen Ihnen eine separate Sitzung nach dem 17. Juni vor – das ist

das Datum, an dem das Abschlussgespräch mit den Wirtschaftsprüfern in der Senatsverwaltung angesetzt ist.

Zum heutigen Zeitpunkt kann aber über Feststellungen und Handlungsempfehlungen der Wirtschaftsprüfer nicht gesprochen werden, weil es keinen abschließenden Bericht gibt und es eben auch erforderlich ist, dass die Wirtschaftsprüfer Analogien zu anderen Verträgen ziehen können. Dies haben wir Ihnen am vergangenen Montag gesagt. Dies habe ich Abgeordneten auch am Runden Tisch in der letzten Woche erläutert. Das habe ich immer wieder im Parlament gesagt. Insofern war zum heutigen Zeitpunkt dieser Sondersitzung klar, dass es keine weiteren Erkenntnisse oder Handlungsempfehlungen aus dem Bericht der Wirtschaftsprüfer geben kann. Diese liegen uns derzeit nicht vor, weil es keinen Abschlussbericht gibt, und daher können wir über einen solchen Abschlussbericht auch nicht im Parlament beraten. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Herr Senator! – Dann kommen wir jetzt zur Aussprache. Da hat sich zunächst Frau Breitenbach gemeldet. – Bitte!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Herr Senator! Auch Sie haben viele Themen aufgerufen, und auch dazu könnte man viel sagen. Ich bleibe bei dem Bericht der Wirtschaftsprüfer – ob End- oder Zwischenbericht, ist egal. Könnten Sie mir erläutern, was unter „alarmierenden Ergebnissen“ zu verstehen ist? Falls Sie das nicht erläutern können: Können Sie mir bestätigen, dass die ersten Ergebnisse des Berichts eine alarmierende Situation im LAGeSo beschreiben? Können Sie näher erläutern, was die Probleme im LAGeSo nach diesem Bericht sind? Welche Veränderungen wollen Sie in Zukunft vornehmen, damit die Flüchtlinge in dieser Stadt – Sie haben recht, das ist uns allen eine Herzensangelegenheit – nicht nur unterkommen – und zwar menschenwürdig –, sondern sich eine Zukunft in dieser Stadt aufbauen können? Sie haben recht: Dafür ist der Senat insgesamt verantwortlich, weil es nicht nur um die Unterbringung geht. Aber Sie sind für die Unterbringung zuständig. – Vielleicht können Sie Näheres zu diesen Fragen sagen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Herr Krüger, bitte!

**Joachim Krüger (CDU):** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das Gefühl, dass in vielen Dingen die Meinungsbildung mancher, die hier am Tisch sitzen, anscheinend schon längst abgeschlossen ist und ihre Urteile feststehen. Wir sehen das etwas anders, und da bitten wir um Verständnis. Seit dem 23. März prüfen die unabhängigen Gutachter – also nicht seit einem halben Jahr, sondern erst seit einer kurzen Zeit. Am 17. 6 wird es nicht irgendwelche Ergebnisse geben, wie hier eben gesagt worden ist, sondern es wird den Schlussbericht geben, und wir erwarten uns von dem Schlussbericht klare Bewertungen und Empfehlungen für die weitere Arbeit. Aufklärung in jeder Hinsicht ist selbstverständlich auch unser Interesse, insbesondere was die Dokumentation der Vergabepaxis und viele andere Dinge betrifft. Neue Strukturen werden zu entwickeln sein, und alte – von denen ich anmerken möchte, dass sie weit in die Zeit vor diesem Senat zurückgehen – sind vielleicht zu ersetzen und zu korrigieren. Daran sind wir alle interessiert. Das kann man in dem Augenblick, wo klare Aussagen dieses Berichts vorliegen, mit großer Kraft in Angriff nehmen.

Sicherlich hat der Senator – und das hat er uns immer wieder verdeutlicht – im Vorgriff auf das eine oder andere bereits Strukturveränderungen in Angriff genommen, und zwar personel-

ler wie struktureller Art, im LAGeSo und darüber hinaus. Vielleicht können wir heute über das eine oder andere Weiterentwickelte etwas hören. Für uns ist aber dieser 17. 6. ein wichtiger Tag. Erst dann, wenn alles auf dem Tisch liegt, können wir das vernünftig diskutieren, und dann werden wir es bewerten.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Herr Krüger! – Herr Reinhardt, bitte!

**Fabio Reinhardt (PIRATEN):** Unabhängig von der Tatsache, dass sich Wirtschaftsprüfer am Anfang ihrer Prüfung überlegen können, dass sie einen Vergleichsmaßstab brauchen – ich will nicht ihre Arbeit schlechtreden; sie werden schon ihre Gründe haben, wenn das so zutrifft, wie Sie es darstellen –, möchte ich einfach als Vergleichsmaßstab darauf hinweisen, dass Sie letzte Woche in der „Abendschau“ waren und nach diesem Wirtschaftsprüferbericht gefragt wurden. Nach mehrmaliger Nachfrage der Journalistin haben Sie bestätigt, dass dieser Bericht ungefähr in dieser Form und in dieser Intensität so zutreffend ist und diese Senatsvorlage so stimmt. – Jetzt sitzen wir hier als Parlament, als das Organ, das Sie kontrollieren soll, berufen diesen Ausschuss sogar in einer Sondersitzung ein, und Sie haben die Chuzpe, uns hier einfach zu sagen: Nö, Sie kriegen vor Ende Juni keine Infos! – Da frage ich mich dann doch deutlich – unabhängig natürlich vom Recht und der Pflicht der Presse, Informationen einzuholen: Welche Rechte hat die Kollegin von der „Abendschau“ mehr gegenüber diesem Parlament, gegenüber diesem Ausschuss, der Ihnen ganz konkrete, klare Fragen stellt und Sie extra hierher zitiert, um diese Fragen beantwortet zu bekommen? – Das würde ich gerne von Ihnen beantwortet bekommen, Herr Senator!

Die Informationen sind öffentlich. Es wurde berichtet, dass der Bericht – ich zitiere mal – „offenbar alarmierend“ ist.

Bei Dreiviertel der untersuchten Themen steht die Ampel nach Informationen dieser Zeitung auf Rot, beim Rest auf Gelb. Sprich: In keinem Fall waren die Kontrolleure zufrieden.

Sie müssen uns also die Fragen, die Sie Journalisten beantworten, hier auch beantworten: Ist der Bericht zutreffend? Können Sie uns bitte einmal einen Sachstand geben über diesen Zwischenbericht der Wirtschaftsprüfer? – Ich erlaube mir, hinzuzufügen: Ich weiß, dass die Ausschüsse parallel tagen; das ist in diesem Haus so üblich. Sie wissen vielleicht auch, dass die Sitzung des Unterausschusses, der parallel tagt, nichtöffentlich ist. Ich habe eben lang und breit erklärt, dass die Öffentlichkeit ein Interesse am Besitzer des Grundstücks in der Haarlemer Straße hat. Deswegen gehe ich davon aus, dass Sie uns diesen Besitzer nennen können, auch den Stand der Verhandlungen, und wie der Senat gedenkt, über das Jahr 2015 hinaus diese Unterkunft zu betreiben. – Darauf hätte ich jetzt gerne Antworten.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Frau Bayram, bitte!

**Canan Bayram (GRÜNE):** Ich kann auch nicht verstehen, dass Sie sich hier dreist hinsetzen und sagen: Ich habe zwar in einer anderen Runde berichtet und sage das auch der Presse gegenüber, aber die Abgeordneten informiere ich nicht! – Gleichzeitig laden Sie uns zu Runden Tischen ein, wo wir konstruktiv mitarbeiten sollen. Dann höre ich hier vom Kollegen Krüger, dass die CDU noch nicht vier Jahre in Berlin mit der SPD zusammen regiert. Man wundert sich wirklich – war dann wieder die Linkspartei an allem schuld, oder was auch immer? Herr

Czaja, das ist jetzt wirklich das Ende der Fahnenstange! Diese ganzen Ausreden und dieses ganz Herumgeiere – ich würde gerne mal wissen, was die SPD dazu sagt.

Gleichzeitig ist es so, dass die Mitarbeiter des Landesamts für Gesundheit und Soziales überhaupt keine Klarheit haben. Wenn sie Verträge mit Betreibern von Flüchtlingsunterkünften aushandeln, wissen sie nicht, ob das überhaupt legal oder am Rande dessen ist, was das Gesetz zulässt. Wir haben Betreiber, die ihr Geld nicht bekommen, weil die Verträge eben nicht ausverhandelt sind. Wir haben immer wieder neue Flüchtlinge, die nach Berlin kommen. Ich habe wirklich den Eindruck, Herr Czaja, dass Sie den Ernst der Situation entweder nicht sehen wollen oder tatsächlich nicht in der Lage sind, die Situation zu beherrschen. Deswegen erwarte ich heute, dass Sie uns anständig darüber informieren, wie der aktuelle Stand der erweiterten Prüfung der Innenrevision ist und auch, wie bei den Wirtschaftsprüfern der aktuelle Stand ist. – Wir sind wirklich an einem Punkt, Herr Czaja, wo Sie sich überlegen müssen, wie Sie darstellen und rechtfertigen wollen, dass hier der Eindruck entsteht, dass Sie überhaupt nichts mehr im Griff haben – das kann doch auch Ihr Interesse nicht sein.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Frau Bayram! – Herr Isenberg, bitte!

**Thomas Isenberg (SPD):** Lassen Sie mich zunächst feststellen, dass in der Tat äußerst viele Fragen offen sind und offenbleiben zum Status quo. Insofern erwarte ich sehr viel Erkenntnisgewinn, wenn denn einmal der Bericht vorliegt und auch einsehbar ist. Mich würde interessieren, welche Mitteilungen zu einzelnen Sachverhalten in den letzten Wochen an die Medien gegeben worden sind, beispielsweise diese Liste, über die hier gesprochen worden ist. Da kenne ich als Abgeordneter bisher überhaupt nichts objektivierbar, und das ist bedauerlich.

Zweitens stimme ich nicht ganz mit der Einschätzung überein, Herr Krüger, dass der Bericht, wenn er vorliegt, der Schlussbericht ist. Es ist ein wesentlicher Schlussbericht, aus dem wir wesentliche Erkenntnisse ziehen werden, die wir dann bewerten können. Ob das Thema dann beendet ist oder nicht, kann ich nicht vorhersehen – und ich glaube, Sie auch nicht –, weil wir ja noch nicht wissen, was drinsteht. Im Moment sind also viele Fragen – einige sind eben benannt worden – offen und zu beantworten.

Im Übrigen glaube ich, dass wir auch im Nachgang des Schlussberichts eine Diskussion insgesamt über die Flüchtlingspolitik in Berlin brauchen, wo ja die Sozialverwaltung eine wesentliche Federführung hat. Wir müssen in diesem Kontext sicherlich auch das Chaos in der Ausländerbehörde des Senators Henkel mitdiskutieren. Denn klar ist, dass dieser Schlussbericht nicht das Fazit zur doch sehr defizitären Flüchtlingspolitik in Berlin sein wird.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Herr Isenberg! – Frau Radziwill, bitte!

**Ulker Radziwill (SPD):** Ich will zu dem, was mein Kollege Herr Isenberg gesagt hat, noch zwei Punkte ergänzen. Zum einen die Feststellung: Wir haben bisher keinerlei schriftliche oder mündliche Informationen rund um diesen sogenannten Bericht der Wirtschaftsprüfer. Alles, was wir an möglichen Informationen haben – wenn sie denn stimmen –, haben wir bisher auch nur über die Presse. Das sage ich, damit hier nicht der Eindruck entsteht, die Koalitionsfraktionen seien vorab informiert. Herr Czaja hält sich bisher an das, was er sagt, dass wir das erst bekommen, wenn alles geprüft worden ist. Aber natürlich interessiert uns das als Mitglieder im Ausschuss. Denn wir werden auch gefragt. – Herr Czaja, da bitte ich Sie einfach

um Rücksicht auf die Mitglieder in diesem Ausschuss! Die Menschen sind verunsichert. Viele Ehrenamtliche, die in den Flüchtlingsunterkünften tätig sind, fragen uns und auch mich, was von dem, was sie in der Presse lesen, stimmt.

Deswegen könnte ich mir vorstellen, dass ein Instrument, das wir aus anderen Verfahren im parlamentarischen Raum kennen, nämlich so etwas wie ein Zwischenbericht, etwas ist, mit dem Sie eine Art Zwischensachstand geben können. Die Frage, die sich für uns stellt, ist die: Was von dem, was in der Presse steht, stimmt? – Darauf eine Art Zwischenantwort zu bekommen, ist, denke ich, das gute Recht der Parlamentarier hier. Selbstverständlich warten wir auch mit viel Spannung und mit Interesse auf das Ergebnis des abschließenden Berichts und werden diesen sicherlich sehr intensiv beraten. Viele der Mitglieder hier im Ausschuss haben sicherlich auch noch motivierende Worte, wie wir gemeinsam das Landesamt für Gesundheit und Soziales so fit kriegen, dass es seinen Aufgaben gerecht werden kann.

Ich möchte ergänzen, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort eine sehr schwierige Arbeitssituation haben und dass das für die Flüchtlinge, die dort Hilfe suchen, ein unhaltbarer Zustand ist. Das macht uns alle nicht glücklich, und wir sind gemeinsam daran interessiert, diese Situation bestmöglich im Interesse der Menschen zu verbessern, die Hilfe und Schutz bei uns suchen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Frau Radziwill! – Da es zunächst keine weiteren Wortmeldungen gibt, hat der Senator die Möglichkeit zu antworten. – Bitte sehr!

**Senator Mario Czaja (SenGesSoz):** Zunächst, Frau Bayram: Die Mitarbeiter im LAGeSo werden bei ihrer Aufgabe der Akquise und der Vertragsabschlüsse zu Flüchtlingsunterkünften begleitet. Es ist nicht so – diesen Eindruck vermitteln Sie –, dass die Mitarbeiter nicht wissen, wie sie ihre Arbeit zu erbringen haben. Aber richtig ist: Die Zustimmung zu Verträgen steht unter dem Vorbehalt der Fachaufsicht. Dazu haben wir Ihnen im Ausschuss auch berichtet.

Wir haben auch Nachfragen zu Ergänzungen und zur Fortentwicklung des Handelns im LAGeSo: Auch dieser Sachverhalt wird schrittweise mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besprochen. Es wurden unter anderem weitere Verfahrensschritte miteinander besprochen und festgelegt, wie das Verwaltungshandeln zu erfolgen hat, bis der Abschlussbericht vorliegt.

Was in den Zeitungen steht, kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich lese das genauso in den Zeitungen. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Ist das Ihr Doppelgänger in der „Abendschau“ gewesen?] – Wir reden gerade über Zeitungen, Herr Reinhardt! – Ich habe keinerlei Berichte an die Öffentlichkeit gegeben. Es gibt auch keine Tabellen mit Ampeln, die wir der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt haben oder die einem Abschlussbericht nahekommen. Insofern kann ich auch nur genauso spekulieren – – [Heiko Thomas (GRÜNE): Im Senat denn?] – Auch nicht im Senat! – [Heiko Thomas (GRÜNE): Dann haben Sie jetzt gelogen!] – Auch nicht in der Senatsitzung, und insofern ist die Situation so, dass ich das auch nur aus der Öffentlichkeit wahrnehmen kann. Formulierungen, die Sie eben gebraucht haben aus der Senatsitzung – Sie wissen, dass Senatsitzungen intern sind und dieser Tagesordnungspunkt auch noch vertraulich ist –, kann ich so nicht bestätigen.

Herr Isenberg fragt, wer die Mitteilungen an die Medien gegeben hat. Diese Frage würde ich auch gern beantwortet haben. Ich war es nicht. – In der „Abendschau“ ist gefragt worden, ob es richtig ist, dass aus dem Zwischenbericht auch herauskommt, dass Veränderungsbedarf oder Kritik an bestimmten Sachverhalten besteht. Da habe ich gesagt: Ja! Das ist im Zwischenbericht deutlich geworden, aber es ist noch kein Abschlussbericht. Handlungsempfehlungen sind auch noch nicht da. Es ist auch Kernaufgabe der Verwaltung, diesen Abschlussbericht abzuwarten, dann daraus Handlungsempfehlungen und Schlussfolgerungen zu ziehen und diese dann mit dem Parlament zu erörtern. – Es gibt keinerlei Schlussbericht, der in irgendeiner Form besprochen werden kann, weder in der Koalition noch mit anderen Abgeordneten, sondern wir werden das hier tun, und zwar nach dem 17. Juni. Am 15. Juni ist die reguläre Sitzung, und wir empfehlen, nach dem 17. Juni einen separaten Termin zu verabreden. Der zweite Bericht der Innenrevision wird zeitnah im Datenraum sein.

Der Besitzer in der Haarlemer Straße ist ein Luxemburger Fonds, der das Grundstück erworben hat. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Name?] – Der Fondsname ist Caldas S.à.r.l. Das ist ein Luxemburger Unternehmen, das in Berlin durch ein Büro in der Frankfurter Allee 15 vertreten ist. Diese Frage konnten wir am Montag noch nicht beantworten, weil uns diese Information nicht vorlag. Wir haben uns dann erkundigt. Natürlich haben wir ein Interesse zu erfahren, wem dieses Grundstück gehört, weil wir natürlich auch ein Interesse daran haben, dass wir das Objekt über den 31. 12. 2015 hinaus fortführen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Herr Senator! – Jetzt hat sich Frau Schillhaneck zu Wort gemeldet.

**Anja Schillhaneck (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Senator! Ihre Ausführungen haben bei mir zwei Nachfragen erzeugt – erstens: Wem haben denn dann entsprechende Tabellen und Ampeln vorgelegen? Welcher Personenkreis ist das? – Und wenn Sie nicht genau wissen, wie die nach außen gelangt sind – haben Sie denn eine Vermutung? Wenn Sie jetzt mal so grob spekulieren dürften – wie sind die Informationen eigentlich an die Presse gelangt? Und was vermuten Sie, warum das passiert ist?

Angesichts der Tatsache, dass wir hier gerade – wenn ich Sie richtig verstanden habe – eher auf der Basis von bruchstückhaften Informationen diskutieren und wir uns alle regelmäßig fragen und gefragt werden, was davon stimmt: Was hält Sie davon ab, gerade angesichts dieser Informationslage mit uns über den Zwischenbericht und die ersten Erkenntnisse zu diskutieren? Macht das, was Sie gerade tun, die ganze Sache nicht noch viel, viel schlimmer, weil es bis zu dem von Ihnen genannten Datum die Türen für jedwede Spekulation öffnet, was denn da alles so drinstehen könnte? Sie sagen ja nur, dass da offensichtlich kritische Punkte drin sind, mehr sagen Sie uns nicht, und das finde ich – das sage ich jetzt mal ganz persönlich – ehrlich gesagt in der derzeitigen Situation für niemanden hier hilfreich.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Frau Schillhaneck! – Frau Bayram, bitte!

**Canan Bayram (GRÜNE):** Es ist wirklich kaum auszuhalten, weil Sie tatsächlich selbst schon von einem Zwischenbericht reden. Sie sagen selbst, es gibt einen Zwischenbericht. Und dann sagen Sie, Sie hätten auch dem Senat in einer Sitzung berichtet. Sie bestreiten auch gar nicht, dass 100 Prozent der Vergaben nicht in Ordnung gewesen sein sollen – das bestreiten Sie noch nicht einmal. Und dann sagen Sie sogar noch: Ja, es gibt Veränderungsbedarf! – Bei

100 Prozent daneben besteht auch 100 Prozent Veränderungsbedarf, würde ich jetzt mal vermuten. Dann sagen Sie: Wir haben Verfahrensschritte mit dem LAGeSo abgesprochen, damit die Mitarbeiter wissen, wie es geht. – Da kann ich nur sagen – auch aus aktuellen Akten, die ich mir angesehen habe –, dass ich diese Veränderungen noch nicht gesehen habe.

Und wenn Sie uns alles, weil es ja ganz doll geheim ist oder Sie uns aus welchen Gründen auch immer nicht erzählen wollen, wobei ich die Einschätzung der Kollegin Schillhaneck teile, dass Ihnen das im Moment gerade selbst schadet und man sich fragt: Warum arbeitet der gegen sein Interesse? –, dann muss es ja ganz katastrophal und noch viel schlimmer sein. Aber ich weiß nicht, ob es noch eine Steigerung zu „ganz schlimm“ bei dieser ganzen LA-GeSo-Affäre gibt.

Jedenfalls könnten Sie uns doch über die Verfahrensschritte informieren, die Sie mit den LAGeSo-Mitarbeitern abgesprochen haben, damit die Mitarbeiter Rechtssicherheit haben. Sie selbst haben – oder Ihr Staatssekretär hat – hier vorgetragen, oder es stand teilweise auch in der Presse, dass es disziplinarrechtliche und strafrechtliche Ermittlungen gibt. Im Moment muss man wirklich sagen, dass einem die Mitarbeiter fast leidtun, weil sie, wenn sie ihre Arbeit wie immer machen, gar nicht wissen – – Dann hat der Senator heute in einer öffentlichen Sitzung gesagt: 100 Prozent verkehrt, wie die das gemacht haben. – Aber die Frage ist doch: Was für eine Rechtssicherheit kriegen diese Mitarbeiter, damit sie die Vergaben 100 Prozent rechtskonform durchführen? – Mittlerweile entsteht bei mir der Eindruck: Sie wissen es selbst nicht. Dazu können Sie doch vielleicht eine Antwort geben, ob Sie es selbst nicht wissen, wie das rechtskonform sein muss.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Frau Bayram! – Frau Breitenbach, bitte!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Drei Fragen – erste Frage, Herr Senator: Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Unterbringungsleitstelle eingesetzt, und wie viele arbeiten dort gegenwärtig real? – Zweite Frage: Können Sie uns sagen, warum Sie nicht über den neuen Eigentümer in der Haarlemer Straße unterrichtet wurden? – Dritte Frage: Wenn Sie sagen, dass Sie den Bericht in der „Morgenpost“ nicht bestätigen können – heißt das im Umkehrschluss, dass dieser Bericht nicht der Wahrheit entspricht?

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Herr Reinhardt, bitte!

**Fabio Reinhardt (PIRATEN):** Vielen Dank! – Ich kann mich den Fragen der Vorredner anschließen und möchte mit Blick auf meine Kollegin Bayram betonen: Sie mögen der Meinung sein, dass alle Welt – wenn Sie einen Bericht anfertigen – darauf zu warten hat, bis der Bericht fertig ist. Das muss aber der Rest der Welt nicht so sehen, Herr Senator. Nur weil Sie intern irgendwelche Berichte anfertigen – ich erinnere daran, was es da alles an Berichten gibt: ressortübergreifende AG, irgendwelche Runden Tische, irgendwelche Unter-AGs; wer auch immer da gerade irgendwelche Berichte anfertigt –, bricht das nicht das Fragerecht des Parlaments. Und wenn die Informationen bekannt sind – und Sie haben ja gerade bestätigt, dass die Informationen bekannt sind –, was mit den Verträgen schiefläuft, was die Probleme beim LAGeSo sind, dann müssen Sie die uns auch geben. Da können Sie nicht einfach sagen: Ich mache gerade einen Bericht, warten Sie gefälligst!

Sie könnten aber ein Gegenangebot machen. Sie könnten sagen: Ich mache einen Zwischenbericht, der nächste Woche vorliegt. – Da können Sie ja zum Beispiel die Senatsvorlage nehmen und umschreiben. – [Zuruf] – Ja, zwei Zeilen, das merkt auch keiner. Es wäre sicherlich in Ihrem eigenen Interesse, wie Frau Kollegin Schillhaneck schon sagte, dass Sie die Öffentlichkeit nicht nur informieren, sondern diese bruchstückhaften Informationen, aus denen sich jeder sein eigenes Bild bastelt, nehmen und für die Öffentlichkeit in einem Zwischenbericht zu einem Gesamtbild zusammenfügen.

Ich möchte auch betonen: Sie haben hier Verfahrensvorschläge zum Wirtschaftsprüferbericht und zum Revisionsbericht gemacht, denen wir nicht zugestimmt haben. Niemand hier hat darüber abgestimmt, ob wir damit einverstanden sind, dass wir keine Antworten von Ihnen bekommen, bis irgendwelche Berichte angefertigt sind. Sie sind dazu verpflichtet, uns die Sachstände mitzuteilen, und wenn Sie die Informationen haben, die Sie in eine Senatsvorlage schreiben, sind Sie auch dazu verpflichtet, uns diesen Sachstand hier mitzuteilen. Insofern denke ich schon, dass es auch in Ihrem Interesse sein müsste, mindestens bei der Erstellung des Wirtschaftsprüfersberichts und auch bei der Erstellung des zweiten Revisionsberichts das Verfahren von sich aus zu ändern und diese Berichte nicht nur auf „Intern“ zu setzen, sondern mindestens anzubieten, dass Sie daraus öffentliche Vorlagen erstellen, aus denen Sie dann aus Ihrer Sicht vielleicht notwendige Informationen wie Namen oder Geschäftsdaten streichen. Aber das müsste das Mindeste sein, was die Öffentlichkeit erwarten kann, dass diese Berichte in vielleicht minimal veränderter Form der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Der erste Revisionsbericht enthielt ja aus meiner Sicht keinerlei Daten, die nicht auch der Öffentlichkeit hätten zugänglich gemacht werden können. – Dazu erwarte ich, dass Sie von sich aus ein Angebot machen.

Zum Grundstück in der Späthstraße/Haarlemer Straße: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, liegen die Informationen laut Medienberichten seit dem 29. 4. dem Senat, und zwar SenFin, vor, und bis zum 18. 5. haben Sie nicht nachgefragt. Trotzdem hatte Ihre eigene Verwaltung am 18. 5. Zufällig genau die Information, als eine Tageszeitung bei Ihnen anrief, weil sie diese Information brauchte. Exakt bis zum 18. 5. sind Sie also nicht auf Idee gekommen nachzufragen, wem das Grundstück gehört – obwohl es dazu Medienberichte, parlamentarische Fragen und schriftliche Anfragen gab. Exakt am 18. 5. hatte dann zufällig Ihre Behörde die Information, als eine Tageszeitung anrief. – Das ergibt tatsächlich ein Bild, dass da irgendetwas nicht zusammengehört.

Ganz konkret zu dem Grundstück will ich wissen – Sie haben den Namen jetzt ja doch genannt: Können Sie ausschließen, dass dieser Luxemburger Fonds in irgendeiner Form mit der Firma PeWoBe verhandelt ist? – Das frage ich aus persönlichen Vorerfahrungen, die sich aus dem Aktenstudium ergeben haben. – [Senator Mario Czaja: Wie bitte?] – Mit der Firma PeWoBe, der Betreiberin der Unterkunft in der Späthstraße – stehen die in irgendeinem Verhältnis zueinander? Das wäre ja nicht gerade nicht naheliegend.

Sie haben auch gesagt, dass Sie die Unterkunft über Dezember hinaus verlängern wollen. Da ist die Frage: Mit welchem Betreiber? Laufen bereits Verhandlungen mit neuen Betreibern? Haben Sie vor, dort die PeWoBe weiter zu beschäftigen? Wie haben Sie vor, die Verlängerung anzustreben? Wollen Sie das Grundstück pachten, wollen Sie es mieten? In welcher Form von Verhandlung sind Sie gerade mit dieser Firma Caldas S.à.r.l.?

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Frau Breitenbach, bitte!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Herr Czaja! Noch zwei kurze Fragen, bevor Sie antworten: Sie haben eine Adresse genannt, wo die Vertretung dieses Luxemburger Immobilienfonds sitzt. Können Sie sagen, wer das Berliner Büro vertritt? – Die zweite Frage: Haben Sie denn zu diesem Luxemburger Immobilienfonds schon Kontakt aufgenommen, wenn Sie eine Verlängerung der Unterkunft haben wollen?

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Herr Senator!

**Senator Mario Czaja (SenGesSoz):** Zunächst, Frau Schillhaneck: Ich verstehe ja, dass Sie gern weitere Spekulationen im öffentlichen Raum und erst recht von mir haben wollen, wer welches Interesse daran hat, über Spekulationen oder über Sachverhalte zu sprechen. Aber Sie werden sicher auch verstehen, dass ich mich an solchen Spekulationen nicht beteilige, weil die Aufgabe zu wichtig und zu dringend ist, als dass in der Öffentlichkeit nur über solche Spekulationen gesprochen wird. Ich will Ihnen auch gern erklären, warum wir derzeit über den Zwischenstand nicht berichten sollten und auch nicht können: Wir haben dem Parlament mitgeteilt, dass wir einen Vertrag mit den Wirtschaftsprüfern abgeschlossen haben, und Teil des Vertrags ist – auch darüber haben wir im Hauptausschuss gesprochen –, dass es natürlich Zwischengespräche und Kurzberichte zum Stand der Auftragserledigung und vorläufige Erkenntnisse, einen Feststellungsteil, gibt. Aber das Wesentliche sind doch die Handlungsempfehlungen neben dem Feststellungsteil. Und wenn die Wirtschaftsprüfer sagen, dass sie für den wesentlichen Teil der Handlungsempfehlungen die Bitte haben, Analogien zu anderen Verträgen jenseits von Gierso und PeWoBe ziehen zu können – – Ich glaube, niemand im Hauptausschuss hat gegen diesen Prüfauftrag gestimmt. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Das wurde nicht abgestimmt!] – Die Hauptausschussvorlage wurde zur Kenntnis genommen. – Der Aufgabenkreis war definiert. Darüber hinaus haben sie eine Erweiterung Ihres Aufgabenkreises erbeten, um neben dem Feststellungsteil auch Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Natürlich gibt es, Herr Reinhardt, Phasen, wo es ausschließlich Aufgabe exekutiver Verantwortung ist, über Zwischenberichte bzw. so einen Feststellungsteil zu sprechen, und wo bei noch nicht abgeschlossenen Verwaltungsvorgängen – und um einen solchen handelt es sich eben hier – keine Notwendigkeit besteht, darüber im Parlament zu sprechen. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Das entscheiden wir!] — Das führt im Übrigen nur zu Spekulationen und nicht zu dem Ergebnis, das das Parlament im Rahmen des Hauptausschussbeschlusses haben wollte, nämlich Handlungsempfehlungen und Erkenntnisgewinne, die es aber derzeit noch gar nicht gibt.

Insofern kann ich mich nicht an diesen Spekulationen beteiligen. Sie wissen auch, Frau Bayram – ich habe es ja öffentlich gesagt –, dass ich diese Ausschusssitzung für Effekthascherei halte, weil Sie genau wissen, dass wir diesen Abschlussbericht mit den Handlungsempfehlungen abzuwarten haben und Spekulationen in der Öffentlichkeit nur dazu führen, dass die eigentliche Aufgabe in den Hintergrund gerät.

Derzeit, Frau Breitenbach, sind 19,84 Vollzeitäquivalente, also rund 20 Mitarbeiter in der Berliner Unterbringungsleitstelle tätig. Wir haben Ihnen Personalbestand und Personalbedarf in der Hauptausschussvorlage 1664 I mitgeteilt. Sie ist Ihnen am 10. April zugegangen, und dieser Vorlage können Sie diesen Teil entnehmen. Einige Mitarbeiter der Berliner Unterbrin-

gungsleitstelle sind in der letzten Woche erkrankt gewesen. Wie viele das zum heutigen Tag sind, kann ich Ihnen nicht genau sagen – ob einer, zwei oder drei; diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Zudem wären es auch Personaleinzelangelegenheiten, über die ich auch im Ausschuss schwerlich sprechen sollte. Richtig ist, dass wir zusätzliche Mitarbeiter in der Berliner Unterbringungsleitstelle benötigen und dazu auch in Gesprächen mit dem Finanzsenator sind.

Zum Grundstück in der Haarlemer Straße: Am 6. Mai erreichte die BUL das Schreiben der Firma an die Staatssekretärin Frau Dr. Sudhof, das an die Staatssekretärin wohl am 29. April gegangen ist. Darin wird uns mitgeteilt, dass es einen anderen Grundstückseigentümer gibt, weil der Kaufvertrag mit der Firma PeWoBe, den es vorher gegeben hat, nicht – – weil der Kaufpreis nicht belegt wurde. Eine Kontaktaufnahme mit dem hiesigen Repräsentanten und Geschäftsführer hat am 26. Mai durch den Präsidenten des LAGeSo stattgefunden. Ein Gesprächstermin ist noch offen. Das Interesse, darüber Verhandlungen zu führen, ist beidseitig vorhanden. Zu welcher Vertragssituation man kommen wird, Herr Reinhardt, muss sich aus den Verhandlungen ergeben. Der Betrieb der Flüchtlingsunterbringung wäre danach auszu-schreiben.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Herr Senator! – Frau Schillhaneck noch einmal.

**Anja Schillhaneck (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Senator! Es fällt mir sehr schwer, die Zwischenergebnisse eines öffentlich beauftragten Gutachtens als besonders schützenswerte Informationen im Rahmen des Kernbereichs der exekutiven Meinungsbildung anzuerkennen. Das mag für Ihre internen Senatsberatungen gelten, aber inwiefern das für einen solchen Bericht gilt – das fällt mir schwer. Deshalb zwei Fragen, erstens: Hat das Gespräch über die Zwischenergebnisse bereits stattgefunden? – Zweitens: Wenn ja, welche Ergebnisse wurden von den Gutachtern berichtet?

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Frau Schillhaneck! – Frau Breitenbach!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Herr Czaja! Können Sie bitte sagen – ich habe es eben schon gefragt –, wer den Luxemburger Immobilienfonds in Berlin vertritt? Es gibt einen Geschäftsführer, sagen Sie – hat der vielleicht auch einen Namen? – Noch einmal meine Frage zu dem Bericht in der „Morgenpost“: Wenn Sie ihn nicht bestätigen – entspricht er dann nicht der Wahrheit? – Das haben Sie auch nicht beantwortet.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Herr Senator!

**Senator Mario Czaja (SenGesSoz):** Der Geschäftsführer des Luxemburger Fonds heißt Ofer Hava. Die Berichterstattung in der „Morgenpost“ habe ich nicht weiter zu kommentieren. Es handelt sich um eine Berichterstattung aus einer internen Senatssitzung, die zudem im vertraulichen Teil stattgefunden hat. Eine Bewertung dieses Berichts habe ich im Ausschuss, aber auch sonst nicht vorgenommen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Herr Senator! – Frau Breitenbach!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Entschuldigung, es geht nicht um eine Bewertung! Sie haben vorhin gesagt, Sie können die Inhalte dieses Berichts nicht bestätigen. – [Senator Mario Czaja: Die Formulierungen, die Sie gebraucht haben, kann ich nicht bestätigen!] – Meine Frage ist, ob das im Umkehrschluss heißt, dass dieser Bericht nicht der Wahrheit entspricht. Sie waren doch in dieser Senatssitzung, nicht ich! Wenn Sie also sagen, Sie können das nicht bestätigen, dann können Sie mir jetzt ja auch sagen, ob es der Wahrheit entspricht oder nicht.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Bayram, bitte!

**Canan Bayram (GRÜNE):** Ich möchte auch noch einmal auf diesen Punkt eingehen, was Sie im Senat berichtet haben sollen, was man gerüchteweise hört: Da sollen Sie einen ganz anderen Krankenstand berichtet haben, als Sie es gerade gegenüber der Kollegin Breitenbach getan haben. Da sollen Sie alarmiert gewesen sein und gesagt haben – wie gerüchteweise verbreitet wird –, dass es weit mehr als vier Fünftel der Leute sein sollen, die wegen Krankheit oder anderer Gründe nicht eingesetzt werden können. Können Sie uns mit dem Stand von heute genauer sagen, wie viele Leute in der Unterbringungsleitstelle krankgemeldet sind, und vielleicht auch die Abteilungsebene aufführen? – Denn letztlich bleibt ein bisschen unklar, warum Sie diese weiteren zwölf Personen benötigen, wie es in dem Bericht in der Zeitung heißt, wenn Sie noch gar nicht wissen, welchen Vorschlag die externen Wirtschaftsprüfer machen, die ja dann im Prinzip die Aufgabe des Senators übernehmen zu sagen, wie es eigentlich mit dem LAGeSo weitergeht. Da sagen Sie, Sie hätten noch keinen Abschlussbericht, der auch Konsequenzen fordert. Gleichzeitig sollen Sie die Kollegen im Senat alarmiert und darauf hingewiesen haben, dass Sie ganz dringend Leute brauchen, um diesen Bereich neu aufzustellen. Herr Czaja, irgendwo widerspricht sich das. Ich weise darauf hin, dass Sie hier im Ausschuss mit einem Wortprotokoll Gefahr laufen, dass wir die Sachen überprüfen, die Sie hier sagen.

Was stimmt denn jetzt? Wie viele Leute sind gerade krank? Können Sie die Zahl in der Unterbringungsleitstelle und in der Abteilungsleitung genau benennen? – Und zweitens: Warum haben Sie die zusätzlichen Stellen aus den anderen Senatsverwaltungen beantragt? War das eine Empfehlung der externen Wirtschaftsprüfer? Oder war das aufgrund des Zwischenergebnisses der externen Wirtschaftsprüfer? – Dann hätten Sie heute nämlich die Unwahrheit gesagt, als Sie sagten, aus dem derzeitigen Stand des Zwischenberichts der Wirtschaftsprüfer, der Einlassung oder was auch immer hätte keine Konsequenz gezogen werden können. Dann frage ich Sie: Warum haben Sie die Senatsvorlage gemacht und um Unterstützung durch Leute gebeten, die Sie aus den anderen Verwaltungen haben wollten? – Da ist ein Widerspruch. Können Sie den bitte aufklären?

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Frau Bayram! – Herr Thomas, bitte!

**Heiko Thomas (GRÜNE):** Ich kann es ergänzend schnell machen: Mich würde auch interessieren, wie Sie die Vorlage im Senat bezeichnen würden. Ich würde dem durchaus folgen, dass es ein Hilferuf war – den ich auch sehr gut verstehen kann, weil in der Situation, in der Sie sich befinden, auch ich mittlerweile massive Sorge hätte, dass mir das aus dem Ruder läuft, um es einmal vorsichtig zu formulieren. Es war vor Ort für alle erkennbar – wir waren ja alle in verschiedenen Zusammenhängen da –, dass sich die Situation dramatisch zuspitzt. Deshalb konkret die Frage: Haben andere Häuser Ihnen denn Personal zugesagt? Wenn ja, wie schnell? – Dann würde mich noch interessieren: Die von Ihnen mittlerweile bekannt ge-

gebenen knapp 200 Millionen Euro Ausgaben für die Unterbringung – für die, die es interessiert, in der Maßnahmengruppe 02 fassen Sie das zusammen: Wie würden Sie das zum jetzigen Stand einschätzen? Ist das noch eine realistische Zahl? Wir haben ja in verschiedenen Zusammenhängen darüber diskutiert. Ich glaube, dass aufgrund der nochmals steigenden Zahlen auch diese Zahl längst überholt ist. Sie schreiben ja zu Recht „mindestens“. Deshalb würde mich schon interessieren, ob das, was Sie da gemacht haben, eigentlich nichts anderes als die Vorbereitung dessen ist – – Deshalb ist mir der Bericht reichlich egal – was da auch immer drinstehen wird und ob das ein Zwischenbericht oder ein Endbericht oder was auch immer ist. Wir wissen ja, dass es zurzeit in Berlin so läuft, dass es ein Hin- und Herschieben zwischen den Senatsverwaltungen gibt, wer jetzt tatsächlich die Verantwortung für diese gesamtstädtische Aufgabe hat. Das ist aber jetzt nicht mehr unser Problem. Ich fürchte – und deshalb habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet –: Spätestens ab heute – Sie haben das als „Effekthascherei bezeichnet“ – tragen Sie die komplette Verantwortung allein.

Herr Krüger! Sie sind jetzt vier Jahre an der Regierung, und diese Verantwortung ist bis jetzt tatsächlich so gewesen, dass man darüber diskutieren konnte: Wer hat da wann, zu welchen Zeiten? – Mit dieser Äußerung des Senators heute sind Sie ganz allein auf weiter Flur. Alles, was ab sofort passiert, werden wir nur noch Ihnen vor die Füße schieben. Aus meiner Sicht ist es tatsächlich vorbei, und deshalb verstehe ich diesen Hilferuf: Sie haben erkannt, dass Sie mittlerweile dem Senat als Ganzem das Problem vor die Füße rollen und sagen müssen: Liebe Leute, ich allein kann das nicht mehr! Ihr müsst verstehen. – Aber sage ich Ihnen: Der Senat – – Es sei denn, Sie sagen uns heute, was Sie tatsächlich für Schlussfolgerungen daraus ziehen. Bisher haben Sie kein Wort dazu gesagt. Sie gehen nach dem alten Spruch „Klasse statt Masse“ vor: Sie berichten uns permanent, und beispielsweise der Bericht aus dem Hauptausschuss mit 30 Seiten von vor vier Wochen – da steht kein einziger neuer Satz drin. Ich bewundere die Referentinnen und Referenten in dem Haus, dass sie solche Vorlagen immer noch schreiben können und auch noch 30 nichtssagende Seiten schreiben müssen. Wegen mir müssen sie das nicht mehr schreiben. Deshalb: Hören Sie auf mit diesem Zeug! Fangen Sie an, kurze, präzise Formulierungen zu wählen! Lassen Sie den ganzen Blödsinn! Aber Fazit ist: Ab jetzt haben Sie komplett allein die Verantwortung, und ab jetzt geht es um Ihren Kopf!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Herr Reinhardt – bitte!

**Fabio Reinhardt (PIRATEN):** Ich würde gern noch ein paar Fragen zur Späthstraße/Haarlemer Straße stellen, und zwar: Sie haben gesagt, am 25. 5. gab es ein Gespräch. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist Herr Allert in diese Gespräche eingebunden – das hat sich so angehört. Sie haben eigentlich mal gesagt, dass Herr Allert in das operative Geschäft selbst nicht eingebunden ist. Wer also sprach mit wem, bzw. welche Gespräche zwischen wem und wem sind angebahnt? – Können Sie den Namen der Firma bitte buchstabieren? Wir haben nichts gefunden unter diesem Namen; Frankfurter Allee 15 ist nach kurzer Recherche die Commerzbank, sonst nichts; das hieße, dass das ein Fonds der Commerzbank ist oder ein Fonds, der mit der Commerzbank irgendwie verbandelt ist.

Sie sagten, Sie wollen eine Verlängerung des Grundstücks erreichen. Sie haben immer noch nicht gesagt, ob durch Mieten oder Pachten oder wie auch immer. Wenn das möglich ist, soll bezüglich des Betreibers neu ausgeschrieben werden. Der Betreiber ist aktuell die PeWoBe.

Können wir daraus schließen, dass es Probleme mit dem aktuellen Betreiber gibt, Sie mit ihm unzufrieden sind und ihn deswegen wechseln wollen?

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Breitenbach, bitte!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Ich erlaube mir eine Bemerkung: Wir haben heute ganz viel „zeitnah“, „unverzüglich“, „schnell“ gehört. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, Herr Czaja, dass wir mittlerweile seit mehreren Jahren über die Probleme im LAGeSo reden und über die Probleme bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Dazu gehört auch die personelle Situation im LAGeSo. Falls Sie sich erinnern: Auch im Hauptausschuss hatten wir dazu eine Anhörung. Sie brauchen hier also nicht immer wieder zu kommen und „zeitnah“, „unverzüglich“ und „schnell“ zu sagen. Ich finde, dass Sie unglaublich herumtrödeln und die gesamten Probleme unglaublich lange ausgesessen haben. Und wenn Sie uns hier genau aufzählen – das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen! – Sie haben irgendwie so viel Zeit, Leute zu bespaßen, dass die Ihnen sagen, so und so viele Kleine Anfragen gab es, so und so viele Fragen haben Sie beantwortet – das ist das Allerletzte! Wenn Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nichts Besseres zu tun haben, als dass Sie sie mit solchem Unsinn beschäftigen, ist das unglaublich! Es kommt nicht auf die Anzahl der Fragen an, sondern letztlich auf die Qualität und die Aussagekraft der Antworten, und dem verweigern Sie sich! Sie geben uns keine vernünftigen Antworten. Weder beantworten Sie die Fragen der Berichte, noch können Sie uns sagen, wie Sie diese Situation verbessern wollen. Sie reden von gesamtstädtischen Aufgaben, aber Sie haben nach wie vor nicht eine Idee, wie Sie das verändern und verbessern wollen und was Sie überhaupt wollen. Das ist das Allerletzte!

Sie verweigern sich seit geraumer Zeit. Erinnern Sie sich, als wir über den ersten Bericht der Innenrevision geredet haben? – Da haben Sie sich hier hingesezt, haben nicht piep und nicht pap gesagt, sondern haben Ihren Staatssekretär reden lassen. Da haben Sie jedes Wort verweigert. Dann müssen Sie einfach sagen, Herr Czaja: Ich finde dieses ganze Parlament blöd; ich finde Abgeordnete doof, und ich möchte mit denen nicht reden! – Ansonsten müssen Sie irgendwann einmal sagen, wann Sie uns konkrete Sachen vorlegen wollen – wir brauchen uns tatsächlich ja nicht die Zeit zu klauen; möglicherweise lässt sie sich dann besser nutzen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Herr Senator!

**Senator Mario Czaja (SenGesSoz):** Zunächst: Wie viele Mitarbeiter in der BUL derzeit tatsächlich erkrankt sind, kann ich Ihnen nicht beantworten – das können wir nachreichen. Wir haben nicht jeden Tag den Krankenstand. Richtig ist, dass es seit Jahresanfang einen erhöhten Krankenstand im gesamten Bereich des LAGeSo gegeben hat, der für die Flüchtlingsunterbringung verantwortlich ist. Richtig ist auch, dass ich dazu Ausführungen im Senat gemacht habe. Die Zahlen, die Sie vorgetragen haben, kann ich nicht bestätigen. Auch Formulierungen wie „alarmierende Ergebnisse“ oder Ähnliches finden sich nicht in der Vorlage, die ich im Senat vorgetragen habe. Insofern will ich noch einmal betonen, Frau Breitenbach: Sie haben gefragt, ob ich die Formulierung „alarmierende Ergebnisse“ bestätigen könne. Diese Formulierung kann ich aus der Senatsvorlage nicht bestätigen. Aber richtig ist, dass wir über die angespannte Situation in der Berliner Unterbringungsleitstelle und im LAGeSo gesprochen haben – wie gesagt, intern und im vertraulichen Teil.

Richtig ist auch, dass wir jeden Tag verschiedene Schritte unternehmen, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter zu stärken und den Personalstand zu stärken. Auch ist es so, dass die Ausschreibung der Stellen andauert, die wir für die Berliner Unterbringungsleitstelle im Vorgriff auf den kommenden Haushalt im Rahmen von Beschäftigungspositionen bekommen haben, und Mitarbeiter nicht von heute auf morgen vorhanden sind. Ich habe auch zum Ausdruck gebracht, dass wir schnellstmöglich die 22 nur vorläufig verhandelten Tagessätze und Verträge verhandeln und zum Abschluss bringen müssen und wir dafür personelle Unterstützung benötigen. – Das ist die Zahl der 12 Mitarbeiter, über die Sie gesprochen haben und die aus unterschiedlichen Bereichen zusammengetragen werden, um sehr zeitnah – also ab Anfang Juni – die Tätigkeit dort aufzunehmen und diese Aufgabe zu erledigen.

Sie müssen sich, Frau Breitenbach, wirklich entscheiden: Einerseits sagen Sie, Sie möchten im Hauptausschuss und in unterschiedlichen Gremien wissen, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Schritten wir vorgehen – welche Zielprämissen treiben uns bei der Flüchtlingsunterbringung, welche einzelnen Aufgabenschritte unternehmen wir da? – Das habe ich in einem umfangreichen Bericht auch gegenüber dem Hauptausschuss dargestellt. Das ist unser Arbeitsplan: verstärkte Vermittlung in Wohnungen, die Schaffung von eigenen Unterkünften, Abschluss der Maßnahmen mit den Wohncontainern, danach der Bau der modularen Flüchtlingsunterkünfte; zudem die Möglichkeit, dass das Land Berlin selbst Objekte anmietet. Ob das zum Beispiel bei der Haarlemer Straße im Rahmen eines Pacht- oder Mietverhältnisses geschieht, ist Teil der Verhandlungen.

Von Herrn Allert gab es eine Kontaktaufnahme mit dem Immobilienbesitzer. Die Firma sitzt in der Frankfurter Allee 15; da wird dieser Fonds vertreten. Ich kann Ihnen das zu Protokoll geben. Es war auch Teil eines anderen Ausschusses, wo Sie das auf die Tagesordnung gesetzt haben und um die Information bitten. Das können Sie zeitnah haben; das können wir Ihnen nachher zuschicken oder Ihnen eine Kopie geben.

Wir haben zudem natürlich das Interesse an einem Betreiberpool und daran, eine unabhängige Betreiberauswahl vorzunehmen. Das hat überhaupt nichts mit einer Bewertung von erbrachter Leistung zu tun, sondern einfach mit der Frage der Unabhängigkeit von Immobilie und Betrieb. Sie wissen, dass vertraglich vorgesehen ist, dass es regelmäßig zu Neuausschreibungen kommt und es keine Bewertung der Qualität ist, wenn man einen Vertrag wieder ausschreibt. Es ist einfach eine Laufzeit abgelaufen, und danach wird ein Vertrag ausgeschrieben, wie das allenthalben üblich und auch hier vorgesehen ist.

Zu Ihrer Frage, Herr Thomas, mit welcher Zahl wir rechnen: Wir haben im Jahr 2014, wie Sie wissen, ein Ist von 130 Millionen Euro gehabt. Wir haben zum Stand 22. Mai ein Ist von rund 50 Millionen Euro, und wir gehen in der Prognose davon aus, dass die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und SGB XII bei rund 200 Millionen sein werden. Aktuell geht die Prognose von 219 Millionen Euro Ausgaben für diesen Bereich aus. Sie haben recht, dass die Ausgabenerwartung mit der steigenden Zahl von Flüchtlingen steigt, aber wir haben in Berlin – auch das ist Teil unseres Unterbringungskonzepts – immer mit einem Sicherheitszuschlag auf die Prognose des Bundes gerechnet, um unsere eigene Modellrechnung besser an die Erfahrungen der Vergangenheit anzuknüpfen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Herr Senator! – Frau Schillhaneck!

**Anja Schillhaneck** (GRÜNE): Verzeihung! Ich bin gezwungen, mich noch einmal zu Wort zu melden, weil ich vorhin zwei Fragen gestellt habe, auf die der Senator mit keinem einzigen Wort eingegangen ist. Meine erste Frage war: Hat mittlerweile das Gespräch über die Zwischenergebnisse mit den beauftragten Gutachtern stattgefunden? Wenn ja, welche Punkte wurden angesprochen und diskutiert? – [Canan Bayram (GRÜNE): Meine Fragen wurden auch nicht beantwortet!] –

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Radziwill!

**Ulker Radziwill** (SPD): Ich habe eine Frage zu einem anderen Komplex, und ich nutze die Gelegenheit, weil es für uns als Abgeordnete interessant ist: Letzte Woche hat der erste Runde Tisch getagt, zu dem Sie eingeladen haben. Für mich ist die spannende Frage, welche weiteren Schritte dort vorgesehen sind. Wann ist die nächste Sitzung? Welche Aufgabe hat dieser Runde Tisch, auch in der Zusammenarbeit mit dem Parlament? – Das würde mich sehr interessieren.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Frau Radziwill! – Dann Herr Karsten, bitte!

**Nikolaus Karsten** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Lieber Senator Czaja! Sie haben für mich, der nicht so sehr mit dem Thema vertraut ist, einen sehr nachvollziehbaren Eingangsbericht gegeben. Nach den Nachfragen hat sich für mich eine Sache ergeben, wo ich mir zumindest eine Bestätigung von Ihnen wünschen würde: Sie haben beschrieben, dass wir einen Abschlussbericht bekommen. Dann machen Sie ein Maßnahmenpaket. Dann kommt das ins Parlament, und wir sollen beschließen, ob wir das so oder vielleicht anders wollen. – Das ist alles ein sehr langer Prozess angesichts der Sache, die irgendwo im Raum steht: dass da vielleicht ein Amt darniederliegt. Da frage ich mich natürlich, ob Sie hier und heute zusichern können, dass – wenn wir den von Ihnen beschriebenen langen Weg gehen, bis irgendwann Maßnahmen ergriffen werden – auf diesem Weg kein Schaden für das Land Berlin entsteht. – [Elke Breitenbach (LINKE): Zu spät! Der Schaden ist bereits entstanden!] –

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Herr Senator – bitte!

**Senator Mario Czaja** (SenGesSoz): Noch einmal, Frau Schillhaneck: Zwischenberichte hat es vertragsgemäß gegeben: Zum jeweils 1. und 15. Tag eines jeden Monats hat die Auftragnehmerin einen Kurzbericht über den aktuellen Stand der Auftrags erledigung und ggf. vorläufige Erkenntnisse vorzulegen. – Diese Gespräche hat es gegeben, auch einen ersten, zweiten und dritten Zwischenbericht. Der dritte Zwischenbericht hat dazu geführt, dass die Einigung darüber getroffen wurde, dass zur Erarbeitung von weiteren Arbeitshilfen andere Verträge als die von Gierso und PeWoBe herangezogen werden.

Zweitens: Der Feststellungsteil und die Handlungsempfehlungen sind nicht irgendwann, sondern Gesamtbestandteil des Abschlusses der Wirtschaftsprüfer am 17. Juni. Das ist kein langer Weg, sondern das ist für einen zweimonatigen Zeitraum, in dem 16 Verträge von PeWoBe und Gierso – jeweils immer mehrere Aktenordner – geprüft werden plus sechs Verträge, die noch als Analogien herangezogen werden, ein Ergebnis, bei dem ich sagen kann: Da hat niemand getrödeln oder verzögert. Den Eindruck kann ich an dieser Stelle nicht bestätigen. Alle arbeiten ausgesprochen angestrengt und intensiv daran.

Wir haben derzeit alle Verträge unter dem Vorbehalt der Fachaufsicht, und Erkenntnisse, die in der Zwischenzeit möglicherweise zur Änderung des Verwaltungshandelns führen, werden von der Fachaufsicht mit dem LAGeSo besprochen. Der abschließende Bericht mit allen Handlungsempfehlungen und dem Feststellungsteil liegt aber erst am 17. Juni vor, und über Zwischenstände zu berichten, macht keinen Sinn, weil die Handlungsempfehlungen erst auf den Analogien mit den anderen Verträgen aufbauen können.

Frau Radziwill! Ja, letzte Woche hat der erste Runde Tisch stattgefunden. Für Ihre Fraktion war der Abgeordnete Lehmann dabei. Wir haben bei diesem Runden Tisch über unsere eigene Konstitution dieses Runden Tisches gesprochen und Verabredungen getroffen, wie wir miteinander umgehen wollen und wie wir mit Entscheidungen bzw. Mehrheitsmeinungen umgehen. Wir haben über die externe Moderation des Runden Tisches gesprochen, auch über einen Zeitplan. Wir werden uns noch vor der Sommerpause das nächste Mal treffen und den Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe, zu dem Herr Gerstle am Runden Tisch einen Bericht gegeben hat, beraten. Ich habe über das Unterbringungskonzept gesprochen. Beim nächsten Mal wird, soweit ich weiß, auch die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen eine Rolle spielen. Damit sind am Runden Tisch zunächst die Themen besprochen worden – und das war mir wichtig –, die im Verantwortungsbereich unserer Senatsverwaltung liegen, denn wir haben viele Verantwortungsbereiche, die mit der Flüchtlingsunterbringung zu tun haben. Über diese Aufgabe wollen wir uns in diesem Kreis beraten und mit vielen wesentlichen Akteuren besprechen. Ein wichtiger Punkt, den wir erörtert haben, war die Frage: Wollen wir Flüchtlinge in den Runden Tisch einbeziehen, und wie wollen wir das? – Wir sind hier einem Vorschlag des Flüchtlingsrats und von Frau Bayram gefolgt, dass wir Flüchtlinge über die Anwohnerinitiativen und den Flüchtlingsrat erreichen wollen und für diesen Runden Tisch themenbezogen einladen werden.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Herr Senator! – Jetzt hat sich noch einmal Herr Reinhardt gemeldet.

**Fabio Reinhardt (PIRATEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich muss für mich persönlich ein kleines Fazit ziehen: Sie haben hier nicht nur substanzuell und inhaltlich nichts zum Besten gegeben, sondern Sie haben uns auf Berichte vertröstet, die nicht für die Öffentlichkeit gedacht sind. Ich sage es noch mal: Sie sind dabei, in Ihrer Verwaltung durch Wirtschaftsprüfer Berichte anfertigen zu lassen, die Sie der Öffentlichkeit nach meinem aktuellem Kenntnisstand nicht vorlegen werden – das gilt sowohl für den zweiten Revisionsbericht als auch, wie ich vermute, für den Wirtschaftsprüfungsbericht. – Sie können jetzt den Kopf schütteln – [Senator Mario Czaja: Ich habe gar nichts gemacht!] –, aber das heißt, Sie vertrösten das durchaus berechtigte Interesse der Öffentlichkeit an diesem Themenkomplex und an den Vorwürfen, die in den letzten Wochen auch in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, auf Berichte, zu denen sie keinen Zugang hat.

Ich frage mich: Was ist Ihre Botschaft an die Öffentlichkeit? Zu Beginn der Sitzung habe ich Sie aufgefordert, Ihr Verhältnis zur Öffentlichkeit zu überprüfen, und das haben Sie hier nicht getan. Insofern bleibt mir letztlich nur zu sagen, dass die bruchstückhaften Informationen und die Informationen, die in den letzten Wochen kursiert sind, in einem Bericht zusammengesetzt werden müssen, der auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann, und dazu fordere ich Sie hiermit auf. Es ist das Recht und das Interesse dieses Ausschusses und auch in

vielen Beiträgen der SPD-Fraktion angeklungen, dass das hier sinnvoll und notwendig wäre. Insofern beantrage ich hiermit einen Bericht, der nicht im Datenraum liegt, sondern öffentlich zugänglich ist. Er soll innerhalb der nächsten zwei bis drei Wochen erstellt werden und mindestens die Informationen umfassen, die z. B. in dem Beitrag der „Morgenpost“ diskutiert wurden: den aktuellen Krankenstand, die Bewertung der aktuellen Verträge, die Aufarbeitung der Rechnungen und Verträge, welches Personal damit befasst ist und bis wann das passieren soll. – Das ist das Mindeste, was in diesem Bericht stehen sollte, zusätzlich zu den Dingen, Herr Czaja, die Sie gerade selbst angekündigt haben, nämlich den Namen der Firma usw. Genau das muss im Juni berichtet werden. Sonst hat die Öffentlichkeit weiterhin überhaupt keine Möglichkeit, Einblick in den aktuellen Stand und in die katastrophale Situation im LAGeSo zu erhalten. Das Einzige, was Sie hier angekündigt haben, ist, dass Sie für sich persönlich Berichte anfertigen, die dann der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden. – Das ist meine ganz konkrete Forderung.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Herr Karsten, bitte!

**Nikolaus Karsten (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Czaja! Ich wollte einfach noch einmal wissen: Können Sie sicherstellen, dass in dem von Ihnen beschriebenen Prozess, der ja so, wie Sie ihn beschreiben, am 17. 6. nicht abgeschlossen ist, dem Land Berlin kein Schaden entsteht?

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Bayram, bitte!

**Canan Bayram (GRÜNE):** Kurz und präzise: Herr Czaja! Diese Aufforderung oder Anfrage an die Senatskollegen, Personal bereitzustellen – ist das eine temporäre Geschichte oder etwas Dauerhaftes? Ist das eine Reaktion auf den dritten Zwischenbericht der Wirtschaftsprüfer? – Wenn das so ist, bin ich der Ansicht, dass Sie verpflichtet sind, auch uns darüber zu informieren, weil wir dann hier darüber diskutieren müssten, ob das der richtige Weg ist. – Oder ist es so, wie Sie es gerade dargestellt haben, also lediglich ein temporäres Aushelfen bei den Verträgen, die es derzeit nicht gibt? Es sind ja derzeit 33 von 60 Unterkünten ohne Vertrag. Können Sie das präzise beantworten? Das haben Sie bisher nicht getan.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Schillhaneck, bitte!

**Anja Schillhaneck (GRÜNE):** Oder er könnte es in den Bericht schreiben – dann können es alle nachlesen, ohne dass jemand das hier abtippen muss und wir erst einmal auf das Wortprotokoll warten. – Herr Senator! Sie sagten, der dritte Zwischenbericht sei so ausgefallen, dass auf seiner Basis die Entscheidung getroffen wurde, weitere Verträge hinzuzuziehen, um einen Vergleich anzustellen. Welche Erkenntnisse, die Ihnen im Rahmen des dritten Zwischenberichts präsentiert wurden, haben diese Entscheidung konkret ausgelöst?

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Herr Senator – bitte!

**Senator Mario Czaja (SenGesSoz):** Herr Karsten! Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dem Land kein Schaden entsteht – jeden Tag, mit jeder Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Insofern ist dies auch in diesem Fall – unabhängig von der Frage, welcher Bericht der Wirtschaftsprüfer vorliegt und welche Handlungsempfehlungen gegeben werden – unsere Aufgabe, der wir nachzukommen haben.

Zweitens, Frau Bayram: Als ich mich an den Senat gewandt habe – und das ist im Vorfeld mit unterschiedlichen anderen Senatsverwaltungen besprochen worden –, habe ich keine Bitte formuliert, und bis dahin ist nichts passiert. Vielmehr haben wir uns an den Senat gewandt, um deutlich zu machen, dass wir – aufgrund der extremen aktuellen Arbeitsbelastung, die Sie gut kennen, weil Sie regelmäßig in der Turmstraße sind, auch wegen dem erhöhten Krankenstand und wegen der stetig wachsenden Aufgaben im Unterbringungsmanagement – für die Zeit, in der wir die neuen Stellen, die wir für die Berliner Unterbringungsleitstelle bekommen haben, ausschreiben, besetzen und die Leute einarbeiten, um diese Aufgabe schnell zu erledigen, zusätzliches Personal benötigen. Dieses wird temporär im Landesamt für Gesundheit und Soziales eingesetzt, bis die Berliner Unterbringungsleitstelle in ihrer neuen Konstitution ist und das neue, zusätzliche Personal gefunden und eingearbeitet ist. – Diese Schlussfolgerungen waren aus den Maßgaben, die ich eben genannt habe, zu ziehen, und unabhängig von der Frage des Ergebnisses der Wirtschaftsprüfer.

Frau Schillhaneck! Es war eine Bitte, ein Ersuchen der Wirtschaftsprüfer, diese Analogien und Verträge für die Qualität der Handlungsempfehlungen heranzuziehen, und das war Ergebnis des dritten Gesprächs.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank, Herr Senator! – Frau Breitenbach!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Noch zwei Nachfragen, Herr Senator! Erstens würde mich interessieren: Wann wurde eigentlich der Auftrag an die Wirtschaftsprüfer um Handlungsempfehlungen erweitert? Das stand zumindest in den mir bekannten roten Nummern nicht drin und gehörte nicht zu den Aufträgen. – Die zweite Nachfrage: Es wurden Verträge von anderen Unterkünften als Vergleich hinzugezogen. Mich würde interessieren, welche sechs anderen Unterkünfte das waren und nach welchen Kriterien sie ausgewählt wurden.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Herr Senator!

**Senator Mario Czaja (SenGesSoz):** In der Leistungsbeschreibung steht: Auf der Grundlage der Prüfung ist ein Abschlussbericht zu erstellen und – soweit nach den Ergebnissen der untersuchten Beschaffungsvorgänge erforderlich – sind Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge für die zukünftige Organisation und Durchführung von Vergabeverfahren abzugeben. – [Elke Breitenbach (LINKE): Wo steht das denn?] – In der Leistungsbeschreibung zum Vertrag. – [Elke Breitenbach (LINKE): Ich rede von roten Nummern!] – Das ist ja richtig! Aber Sie fragen, wann das mit den Wirtschaftsprüfern verabredet wurde. Das wurde gleich am Anfang mit den Wirtschaftsprüfern verabredet, als der Vertrag unterzeichnet wurde. Wo das in der roten Nummer steht, kann ich gern herausuchen. – In der roten Nummer 1705 vom 19. November 2014 steht: Aufbauend auf den Ergebnissen ist dann zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um zukünftig sowohl im Bereich Aufbau- als auch Ablaufstruktur optimal aufgestellt zu sein.

Die Frage, welche sechs weiteren Verträge herangezogen werden, kann ich nicht beantworten – das wird nachgereicht.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Bayram!

**Canan Bayram (GRÜNE):** Da bei mir der Eindruck entsteht, dass der Senat, vertreten durch Herrn Czaja, heute nicht über den aktuellen Stand informieren will, frage ich alle Kollegen im Ausschuss – auch die SPD-Kollegen, die ja sehr zu Recht einen möglichen Schaden für das Land Berlin thematisiert haben –, ob es nicht unser aller Interesse als Parlament ist, den Senator aufzufordern, uns den von ihm selbst erwähnten dritten Zwischenbericht im Datenschutzraum zur Verfügung zu stellen. Dann können wir uns gemeinsam einen Eindruck davon machen, was die Wirtschaftsprüfer empfohlen haben oder nicht.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Möchten Sie darauf antworten, Herr Czaja? – [Canan Bayram (GRÜNE): Der Senator kann ihn natürlich sagen, dass er ihn freiwillig gibt, dann braucht es keinen Antrag!] – Wir können hier jetzt nicht einfach so abstimmen. Wir können die Bitte äußern, dass das geschieht, und der Senator kann sagen, ja, er wird dem entgegenkommen, oder er wird dem nicht entgegenkommen. Aber wir können hier jetzt nicht einfach abstimmen, weil das nach der Geschäftsordnung ein Vorgang nach § 21 Abs. 3 ist. Ich habe sie nicht gemacht! – Herr Senator, möchten Sie?

**Senator Mario Czaja (SenGesSoz):** Ich habe es doch zum Ausdruck gebracht: Bei den Zwischenberichten der Wirtschaftsprüfer handelt es sich um noch nicht abgeschlossene Vorgänge. Sie dienen dazu, das Verwaltungshandeln des LAGeSo zu überprüfen und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und zu geben. – Das passiert in dem Zwischenbericht.

Wenn Sie, Frau Bayram, wirklich das Interesse und das Ansinnen haben, dass es nicht nur öffentliche Spekulationen gibt – was ich Ihnen zumindest unterstelle –, dann wird dieser Zwischenbericht nicht dazu beitragen, dass man Handlungsempfehlungen und eine abgeschlossene Feststellung hat, sondern es handelt sich eben um einen Zwischenbericht. Wir haben das im Übrigen auch im Vertrag besprochen, dass es solche Zwischenberichte und Arbeitsstände gibt. – [Hakan Taş (LINKE): Das können Sie doch den Abgeordneten überlassen! Die können das selber entscheiden!] – Das ist Kernbereich exekutiver Verantwortung, und wir werden den Zwischenbericht nicht zur Verfügung stellen, sondern den Abschlussbericht.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? – Herr Spies, bitte!

**Alexander Spies (PIRATEN):** Herr Senator Czaja! Ich muss mich wundern; ich bekomme langsam den Eindruck, dass etwas ganz Schreckliches in diesem Zwischenbericht steht. Ehe ich da spekuliere – und es kommt ja doch irgendwann ans Tageslicht –, wäre es besser: je früher, umso besser. Wenn es dann auch noch im Datenraum ist und wir es unter uns Abgeordneten erst einmal besprechen könnten, wäre es wahrscheinlich auch für Sie besser; das hat Frau Schillhaneck schon gesagt.

Was mich allerdings wundert, sind diese Handlungsempfehlungen: Das ist eigentlich eine Sache des Verwaltungsmanagements. Wirtschaftsprüfer geben normalerweise keine Handlungsempfehlungen für Verwaltungen. Worum handelt es sich da eigentlich? Was sollen die empfehlen? Was für Handlungsempfehlungen haben Sie in Auftrag gegeben?

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Herr Senator!

**Senator Mario Czaja (SenGesSoz):** Schönen guten Morgen, Herr Spies! Sie sind jetzt auch dabei. – [Elke Breitenbach (LINKE): Sie sitzen auch oft genug da und sagen kein Wort!] – Wir haben in dem Vertrag geregelt, dass auf Grundlage der Prüfung ein Abschlussbericht zu erstellen ist und, soweit nach den Ergebnissen der untersuchten Beschaffungsvorgänge erforderlich, sind Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge für die zukünftige Organisation und Durchführung von Vergabeverfahren abzugeben.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, würde ich diesen Tagesordnungspunkt gern abschließen. – Sie haben die Gelegenheit noch einmal genutzt, Herr Reinhardt.

**Fabio Reinhardt (PIRATEN):** Ich stelle den Antrag – und ich bitte, ihn jetzt auch abzustimmen – auf Veröffentlichung der Berichte im angemessenen Rahmen im Monat Juni.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Herr Reinhardt, das geht so nicht! Sie können gern den Antrag stellen. Dann muss der ins Plenum – nur das Plenum kann das beschließen. Sie können hier eine Bitte äußern, und wir können eine Meinungsbildung abstimmen und sagen: Die Abgeordneten des Ausschusses bitten die Verwaltung, so zu verfahren. – Aber das verpflichtet sie zu nichts. Wenn Sie einen Mehrheitsbeschluss herbeiführen wollen, müssen Sie das mit einem ordentlichen Antrag im Plenum machen – Punktum.

**Fabio Reinhardt (PIRATEN):** Dann schließe ich mich Ihrem Vorschlag an und bitte um eine Meinungsbildung dazu.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Radziwill!

**Ulker Radziwill (SPD):** Mein Gefühl ist – den Äußerungen von Herrn Czaja folgend, die ich so verstanden habe, dass er in jedem Fall auf diesen Abschlussbericht warten will –, dass für uns in einem Zwischenbericht im Datenraum vielleicht noch nicht so viel Vertiefendes enthalten sein wird. Das ist ein Gefühl, und deshalb bleibt die Frage, über die wir uns unterhalten sollten, was für diesen Ausschuss nach dem 17. 6. folgt: Wann machen wir die Sondersitzung? Und wie machen wir die Besprechungen und den Zeitplan danach? Ich glaube nicht, dass wir uns darüber verkämpfen sollten, in welchem Format wir hier welche Abstimmungsmöglichkeiten machen. Vielmehr sollten wir konstruktiv schauen, dass wir vor der Sommerpause eine Sitzung haben, in der wir über diesen Abschlussbericht beraten können.

Viel spannender finde ich die Frage: Wann kriegen wir diesen Bericht? Liegt er uns komplett mit all den von Ihnen gesagten Informationen am 17. 6. im Datenraum vor? Wie viel Zeit wollen wir uns nehmen, um das zu bearbeiten? Ich habe keine Vorstellung, wie umfangreich das sein wird. Vielleicht können Sie uns darüber Informationen geben? – Ich glaube, das ist effektiver, um inhaltlich schneller weiterzukommen, als jetzt darüber zu streiten, wann welcher Zwischenbericht folgt. Er wird vielleicht erst am 16. vorliegen, und am 17. 6. haben wir dann den Abschlussbericht. Das macht die Sache auch nicht effektiver.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Herr Krüger, bitte!

**Joachim Krüger** (CDU): Dieser Position von Frau Radziwill und der SPD-Fraktion schließen wir uns, auch aufgrund des vorhin Gesagten, an. – [Hakan Taş (LINKE): Das hat uns jetzt aber geholfen!] –

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Halten Sie Ihren Antrag auf Abstimmung aufrecht? – Dann müssen wir jetzt darüber abstimmen. Wollen Sie es selbst formulieren, oder soll ich für Sie formulieren?

**Fabio Reinhardt** (PIRATEN): Ich beantrage, dass die Berichte, die wir im Juni bekommen, in einer Form, die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden kann, veröffentlicht werden.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Das war jetzt aber etwas anderes!

**Fabio Reinhardt** (PIRATEN): Ja, das ist etwas anderes! Das ist ein Entgegenkommen von mir, weil das weniger Arbeit für die Verwaltung bedeutet. Sonst hätte ich einen Bericht gefordert, der anders formuliert wäre.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Mag sein, dass ich zu so früher Stunde noch nicht folgen kann – aber das habe ich nicht verstanden, Herr Reinhardt. Wir haben gerade darüber diskutiert, dass wir den endgültigen Bericht möglicherweise am 17. 6. vorliegen haben. Was fordern Sie jetzt?

**Fabio Reinhardt** (PIRATEN): Ich möchte, dass die Öffentlichkeit über den aktuellen Stand informiert wird, und das ist durch die Berichte, die hier angekündigt wurden, nicht gewährleistet. Das heißt: Wir brauchen einen Bericht, der mindestens beinhaltet, wie die Aufarbeitung ungeprüfter Rechnungen, problematischer Verträge usw. zeitnah bewerkstelligt werden soll, und welche Verträge welche Probleme beinhalten.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Radziwill!

**Ulker Radziwill** (SPD): Ich kann den Versuch meines Kollegen Reinhardt sehr gut nachvollziehen, hier zu mehr Informationen zu kommen. Im Grunde genommen teilen wir auch den Wunsch nach mehr Information. Aber ich frage noch einmal: Wollen Sie einen Zwischenbericht, der im Datenraum vorliegt und nichtöffentlich ist? Wir dürfen ja formal nach den hiesigen verabredeten Vorgehensweisen nichts daraus zitieren und offiziell verwenden. Oder wollen wir uns – und da würde ich Sie bitten, dass wir das heute gemeinsam verabreden – jetzt schon überlegen, wann wir die nächste Sitzung machen? Die nächste Sitzung wäre am 15. 6. Danach ist vor der Sommerpause keine weitere Sitzung anberaumt. Wir haben dringenden Bedarf, das alles gemeinsam hier zu besprechen, um eben auch Schaden vom Land abzuwenden. Da haben wir ein gemeinsames Interesse, und deshalb meine Bitte: Lassen Sie uns überlegen, wann wir diese Sondersitzung machen! – Noch einmal die Frage in Richtung Senat: Wann liegen uns diese Informationen vor? Können wir uns fest darauf verlassen, dass sie uns am 17. 6. oder einen Tag später im Datenraum zur Verfügung gestellt werden?

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Herr Reinhardt, können Sie damit leben?

**Fabio Reinhardt** (PIRATEN): Die Anberaumung einer Sitzung, um den aktuellen Sachstand aufzubereiten, finde ich gut und wichtig, und ich danke der SPD für den Vorschlag. Aber noch einmal: Die Öffentlichkeit hat momentan keinerlei Zugriff auf die Informationen, die hier diskutiert werden, und wird ihn auch durch die anstehenden Berichte nicht bekommen. Das heißt: Wir brauchen einen öffentlichen Bericht; wir brauchen einen aktuellen Sachstand, der der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Der Senat ist in der Lage, einen Bericht anzufertigen, in dem keinerlei betriebsrelevante Informationen oder persönliche Daten auftauchen, und das soll er bitte im Monat Juni tun. Die Inhalte habe ich mehrfach skizziert. Dazu bitte ich, ein Meinungsbild einzuholen!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Breitenbach!

**Elke Breitenbach** (LINKE): Ich glaube, jetzt wird der Quatsch immer quätscher. Das mit der Sondersitzung finde ich auch richtig. Bei allem anderen weiß ich nicht, ob man das ablehnen muss. Ich finde, wir sollten uns den Bericht angucken, und dann sollten wir gemeinsam überlegen, dass wir einen entsprechenden Antrag mit klaren Kriterien an die Senatsverwaltung formulieren, ob und in welcher Form es einen solchen Bericht geben soll. – Alles andere wird problematisch.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Haußdörfer!

**Ellen Haußdörfer** (SPD): Nach der Sitzung habe ich den Eindruck, dass die Öffentlichkeit offensichtlich in Teilen besser informiert ist. – Das Problem hat Frau Breitenbach schon richtig angesprochen. Ich will nur darauf hinweisen, dass in der Woche, in der der Bericht vorliegt – über den Status mag man sich unterhalten – mehrere Ausschüsse auf Ausschussreise sind. Dementsprechend sind wir auf jeden Fall daran interessiert, dass spätestens am 18., wenn alle wieder da sind, die Berichte vorzufinden sind bzw. die entsprechende Sondersitzung zeitnah stattfindet. Es ist ein gutes Prozedere, und damit haben alle Fraktionen in diesem Haus schon ihre Erfahrung, dann die Schlussfolgerung über Anträge daraus zu ziehen. Früher gab es einmal das Mittel der Großen Anfrage, aber das hat man bei den Anhörungen auch im Ausschuss, um Fragen im Vorfeld zu formulieren. Aber die erschließen sich erst nach der Lektüre eines wie auch immer gearteten Berichts. Spätestens bei dieser Sitzung erfolgt dann auch die Information der Öffentlichkeit, und ich bin mir ziemlich sicher, dass das schon Tage davor in anderer Art und Weise stattfinden wird.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Jetzt wird es langsam redundant. Ich glaube, wir sollten uns darauf verständigen, was Frau Radziwill und Frau Breitenbach vorgeschlagen haben. Alles andere führt nur dazu, dass wir uns immer weiter im Kreis bewegen und uns den ganzen Tag verderben – dazu habe ich eigentlich keine Lust. – Herr Thomas bitte!

**Heiko Thomas** (GRÜNE): Ich habe nur eine Ergänzung: Ich finde schon, dass Herr Reinhardt recht hat, dass die Öffentlichkeit ansonsten nicht informiert würde. Deshalb bitte ich darum, dass sich die Obleute – sage ich jetzt mal – überlegen, ob es eine Möglichkeit gibt, sich über die Frage zu einigen, wie denn die Öffentlichkeit informiert wird. Ansonsten finde ich das mit den entsprechenden Wegen immer falsch. Deshalb ist die Frage, die wir aber nicht hier zu Ende diskutieren müssen, sondern am Rande klären können – – Ansonsten bleibt tatsächlich nur der parlamentarische Weg eines Antrags, was aber echt lächerlich wird, einen

Antrag stellen zu müssen, dass der Bericht in irgendeiner Form auch öffentlich zu diskutieren ist. Aber das ist dann Sache der Koalition, wie weit sie bereit ist, darüber nachzudenken.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Herr Reinhardt!

**Fabio Reinhardt (PIRATEN):** Ich möchte mein Bedauern darüber ausdrücken, dass wir mit dem Senator nicht zu einer Einigung gekommen sind und er uns nicht skizzieren konnte, wie er die Öffentlichkeit über die Sachen, die jetzt schon öffentlich kursieren, informieren möchte. In Anbetracht der Umstände werde ich den Antrag, wie ich ihn eben formuliert habe, zurückziehen und darauf drängen, dass wir zumindest Ende Juni noch einmal in der Form zusammenkommen, wie es hier vorgeschlagen wurde.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Ende Juni ist ein bisschen spät.

**Senator Mario Czaja (SenGesSoz):** Mein Vorschlag in meinem Eingangsstatement war ja, dass wir eine separate Sitzung nach dem 17. Juni durchführen, nach dem Tag, an dem das Abschlussgespräch angesetzt ist. Ich finde den Vorschlag von Ihnen, Herr Reinhardt, es erst Ende Juni zu machen, ehrlich gesagt zu spät. – [Zurufe] –

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Jetzt ist Schluss, bitte! Wir werden uns gleich verständigen, wann wir diese Sondersitzung machen. – [Ulker Radziwill (SPD): 22. 6.!] – Der 22. 6. ist ein guter, konstruktiver Vorschlag. – [Zurufe] – Es bringt nichts, wenn wir das so diskutieren! Wenn der erste Vorschlag nicht ankommt, müssen wir das in der Sprecherrunde gleich in Ruhe besprechen.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.